

BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG

der Gemeinderätin Dipl.Ing. Sabine Gretner (GRÜNE)
eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 22.6.09
zu Post 1 der heutigen Tagesordnung

betreffend Zwischennutzung von Bauflächen und Nutzung von Brachflächen

B E G R Ü N D U N G

Der öffentliche Raum spielt eine wichtige Rolle im städtischen Leben. Durch die Erarbeitung eines Leitbilds für den öffentlichen Raum, zeigt die Stadt Wien, dass sie die Notwendigkeit einer ganzheitlichen Betrachtung des öffentlichen Raumes erkennt. Das Leitbild enthält durchaus einige positive Ansätze. Wichtig ist es dennoch mit konkreten Zielsetzungen und innovativen Zugängen einen Schritt weiter zu gehen und erste Umsetzungsmaßnahmen einzuleiten.

Neben der Anlage von neuen Flächen für öffentliche Nutzungen, ist es sinnvoll bereits vorhandene Grundstücke, wie Baulücken, für temporäre Nutzungen zur Verfügung zu stellen.

Wienweit gibt es viele Flächen, die als Bauland gewidmet sind aber noch nicht bebaut sind. Besonders im dichtbebauten Stadtgebiet wäre die temporäre Öffnung von solchen Flächen sinnvoll und erwünscht. Die Stadt Wien könnte durch fiskalische Anreize, wie etwa die Senkung der Grundsteuer für öffentlich nutzbare Flächen, einen Anreiz schaffen diese Flächen für die Allgemeinheit zu gewinnen.

Die unterzeichnende Gemeinderätin stellt daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass Anreize für private GrundeigentümerInnen geschaffen werden, die ihre Grundstücke temporär der Öffentlichkeit als Erholungsraum zur Verfügung stellen. Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden aufgefordert die Möglichkeiten für die Umsetzung von fiskalischen Maßnahmen oder anderen Anreizen zur Öffnung ungenutzter Flächen zu prüfen und in die Wege zu leiten.

In formeller Hinsicht beantrage ich die Zuweisung dieses Antrages an den Gemeinderatsausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr, sowie an den Gemeinderatsausschuss für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke.

Wien, am 22.6.2009	
--------------------	--